



# Wiener Beobachter

DENN NUR WAHRHEIT MACHT FREI

## Wohin geht Österreich?

Gesetze sind Menschenwerk. Jeder anständige Staat benutzt das Machtmonopol, das ihm die Bürger aufgetragen haben, die Beziehungen seiner Bürger zu regeln. Und diese Regeln sind die Gesetze. Jede Zeit braucht andere Formen dieser Beziehungen. Und deshalb hat der anständige Staat auch Formen sie zu ändern: **Der Bürger, der glaubt, es gehöre etwas geändert, appelliert in der Demokratie an seine Abgeordneten und sammelt Unterschriften anderer Bürger, welche gleichfalls für die Änderung des bestimmten Gesetzes eintreten. Das ist sein legitimes Recht in einer Demokratie.**

In Österreich ist das anders: Dipl.-Ing. **Wolfgang Fröhlich** startete eine gewaltlose Initiative zur **Abschaffung bloß eines einzigen Paragraphen des NS-Verbotsgesetzes** aus dem Jahr 1947, der extra in einer Pression gegen Österreich 1992 dazu gesetzt wurde. Er sammelte Unterschriften, sonst nichts, und wurde **prompt am 10. August 2007, (nicht 1945!) verhaftet**. Ich zweifle nicht, daß unsere Justiz nach emsiger Suche weitere Gründe für die Inhaftierung an den Haaren herbeiziehen wird. Tatsache ist, daß es Richter und Staatsanwälte gibt, die mit Besatzungsrecht gegen das Österreichische Staatsgrundgesetz von 1867, gegen die „Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ und schließlich gegen die „Charta der Vereinten Nationen“ verstoßen.

Der gesunde Menschenverstand kann nicht tolerieren, daß eine Maßnahme, die zur zeitweiligen Sicherheit der Besatzungsmächte im Jahr 1947 Gesetz wurde, nicht auf demokratische Weise geändert werden darf. Wie schrieb das linksliberale **britische Blatt „Independent“** im Zusammenhang mit dem Irving-Urteil nach demselben Gesetz: **„Das ist kein Weg Faschismus zu unterdrücken, das ist Faschismus“**. Die 1. Republik ist am „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz“ gescheitert, die 2. Republik ist mit dem Verbotsgesetz auf demselben Weg. Denn Österreich verliert seine Glaubwürdigkeit als Demokratie! Oder hat sie sie schon verloren?

## So sozial ist Österreich!

Seit Jahren wird von Linken behauptet, daß unsere Pensionen nur durch eine Massenzuwanderung gesichert werden könnten. Das ist nichts weiter als linke dumme Lügenpropaganda. Unsere Sozial-töpfe müßten demnach zum Bersten voll sein. Sind sie aber nicht. Denn durch die Massenzuwanderung der letzten 20 Jahre ist eines klar geworden: Der Sozialstaat wird dadurch nicht gesichert. Das Gegenteil ist der Fall. Die Zuwanderer holen mehr aus den Sozialtöpfen heraus als sie einzahlen. Der Anteil der aus-ländischen Notstandshilfebezieher in Österreich betrug im Jahr 2006 durchschnittlich 14,1%. Dafür wurden für diese Gruppe • 127,2 Millionen an Sozialversicherungs-beiträgen ausgegeben. Im selben Jahr betrug der Anteil der auslän-dischen Personen mit maximal Pflichtschulabschluß bei allen Arbeitssuchenden durchschnittlich 29,2%. An Arbeitssuchende ohne Staatsbürgerschaft mit maximal Pflichtschulabschluß wurde 2006 für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe inklusive Sozialversicherungs-beiträgen die horrende Summe von • 194,5 Millionen ausgegeben.

Das bedeutet:

**DIE MASSENZUWANDERUNG ERFOLGT ZU LASTEN DES SOZIALSTAATES!!!**

mh

## Die verkaufte Seele

Unter „Gegen alle Konventionen“ schreibt die bundesdeutsche Zeitung „Die Welt“ am 9. Juni 2007 (S.8): **„Im Kampf gegen den Terror, mahnte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso im vergangenen Jahr, dürfe Europa nicht seine Seele verkaufen. Damals ging es um die Frage, ob deutsche oder französische oder belgische Passagierdaten bei Transatlantikflügen an das FBI weitergegeben werden dürfen. Sie durften, Europa hat es um des lieben Friedens willen gestattet. Überrascht hat das nicht. Denn Europa hatte seine Seele längst verkauft. In der Terrorabwehr, darauf deuten auch Attacken gegen die Pressefreiheit und wachsende Datenüberwachung hin, ist Europa mittlerweile jedes Mittel recht, das den USA billig ist.“**

Nach einer Würdigung des Europarat-Ermittlers Dick Marty geißelt „Die Welt“: „Vieles deutet darauf hin: **Jahrelang haben offenbar 14 EU-Staaten mit dem amerikanischen Geheimdienst gemeinsame Sache gemacht. Gegen jede Menschenrechtskonvention, im klaren Bruch mit allen Werten und EU-Konventionen wurden offenbar Geheimgefängnisse geduldet und der Transport von Gefangenen in Folterverliese unterstützt.“**

Vergeblich erscheint aber der Appell der Zeitung angesichts der politischen Wirklichkeit:

**„Der 11. September 2001 hat aber nicht die Menschen- und Grundrechte außer Kraft gesetzt, im Kampf gegen den Terrorismus ist nicht jedes Mittel recht“.**

# Millionen Deutsche mussten Zwangsarbeit leisten

---

Aus den Gebieten des Deutschen Reiches, aus denen die deutsche Bevölkerung (auch Österreicher) nach 1945 vertrieben wurde, kam es unter der neuen Verwaltung zur Errichtung von Konzentrationslagern, in denen die noch dort verbliebenen Deutschen eingeliefert wurden. Dies ist belegt und gesichert. **Einziger Verhaftungsgrund: Nationalität oder Sprache deutsch.** Die Tschechen sperrten auch soeben entlassene jüdische KZ-Häftlinge erneut als Deutsche ins KZ. In den Folterlagern Polens wankten zum Skelett abgemagerte deutsche Kinder und nur mit dünnen Fetzen bekleidet im Schnee und bettelten vergeblich um Brot bis sie zusammen brachen, Menschen wurden in Wasserzellen gesteckt oder zu Brei geschlagen, Greise zu Tode gequält. Warum? Weil sie Deutsche waren. Schon nach dem 1. Weltkrieg gab es solche Lager für Deutsche und Pogrome an Deutschen in den polnisch besetzten deutschen Gebieten. Überall das wird in der Öffentlichkeit geschwiegen. Warum? Über das Leid anderer Völker wird doch auch berichtet. Denkt nur an die Armenier. Gibt es 2 Klassen von Opfern?

Das „Regensburger Bistumsblatt“ Nr. 5 vom 25. Jänner 2000 schrieb auf Seite 12: „Auch Millionen deutsche Zivilisten haben nach dem zweiten Weltkrieg jahrelang Zwangsarbeit leisten müssen. Nahezu eine Million von ihnen wurden mit oder nach Ende des Krieges 1945 zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion unter unmenschlichen Bedingungen verschleppt, darunter auch Kinder. Rund 500.000 deutsche Zivilisten aus den Oder-Neiße-Gebieten (Nieder- und Oberschlesien, Hinterpommern, Ostbrandenburg, Posen, West- und Ostpreußen) und Polen, 30.000 Sudetendeutsche und 160.000 deutsche Zivilisten aus Südosteuropa wurden 1945 aus ihrer Heimat zur Zwangsarbeit in die UdSSR deportiert, um dort für Jahre ausgebeutet zu werden. Allein auf den Transporten nach Russland starben bereits zehn Prozent der Deportationsopfer an Misshandlungen, Hunger und Kälte.

Aber der Transport war erst die Vorhölle. Fast die Hälfte der so genannten Reparationsverschleppten starb in den Lagern. Über die entmenslichten Zustände in den Kolyma-Lagern, die zu den schlimmsten der Sowjetunion zählten, berichtete eine deutsche Jüdin entsetzt und fragend über das Schicksal junger Frauen: „**Warum brachen die sowjetischen Offiziere, die die Siebzehnjährigen verhörten, den Mädchen die Schlüsselbeine und traten ihnen die Rippen mit ihren schweren Militärstiefeln ein? Das Leben der Frauen in Kolyma war unglücklich, aber kurz.**“

Nicht nur in die Sowjetunion wurden Deutsche als Zwangsarbeiterinnen deportiert. Auch in Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien gab es Zwangsarbeits- und Vernichtungslager für Millionen von Deutschen. Bis zu ihrer Ausweisung durch diese Länder wurden praktisch alle Deutschen dort zur Zwangsarbeit herangezogen, auch außerhalb von Lagern. In Polen und den polnisch besetzten Gebieten gab es in 1.255 Lagern mehr Tote als bei den Vertreibungstransporten. Allein im **Lager Lamsdorf/Oberschlesien starben von 8.000 Insassen 6.048.** Auch in anderen ober-schlesischen Zwangsarbeitslagern herrschte unbeschreibliche Grausamkeit. Planmäßiges Erschießen von arbeitsunfähigen Alten und Kranken gehörte in verschiedenen Lagern zum Tagesgeschäft.

In der Tschechoslowakei wurden nach dem Krieg 2.061 Arbeits-, Straf- und Internierungslager unterhalten. Die Grausamkeiten in diesen Lagern waren unbeschreiblich. Allein im **Lager Mährisch-Ostrau** wurden bereits **bis Anfang Juli 1945 350 Insassen zu Tode gefoltert.** Die Methoden reichten von Totprügeln bis zur chinesischen Art, nach der sich eine Ratte langsam in den Bauch des Gefolterten frißt. Es spricht für sich, daß Überlebende dieser Monsterlager über Nacht weiße Haare bekamen und andere geisteskrank wurden.

Die Zustände in jugoslawischen Lagern waren eher noch schlimmer. Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes hat für diesen Raum 1.562 Lager und Gefängnisse ermittelt. Im Mai 1945 waren praktisch alle bis dahin noch lebenden Jugoslawiendeutsche in Lagern interniert und mußten Zwangsarbeit verrichten. Man unterschied offiziell Zentralarbeitslager, Ostlager und Konzentrationslager für Arbeitsunfähige. Die letzten wurden inoffiziell auch End- oder Vernichtungslager genannt. Allein im größten Lager dieser Art, **Rudolfsgrad, sind von 33.000 Menschen nach den geretteten Aufzeichnungen eines Lagerarztes 9.503 Deutsche verstorben, davon 8.012 Erwachsene und 491 Kinder unter 14 Jahren.** Namen wie Gakowo, Jarek oder Rudolfsgrad im damaligen Jugoslawien, Potulitz, Lamsdorf oder Schwientochlowitz in den deutschen Ostgebieten unter polnischer Herrschaft oder Theresienstadt und Olmütz-Hodolan in der CSR stehen für viele andere Zwangsarbeitslager in diesen Bereichen.

All das geschah in einem Zeitraum, als im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess gegen Nazigrößen Todesurteile auch wegen Deportationen und Zwangsarbeit ausgesprochen wurden.

Schicksale durch Zwangsarbeit und Lagerqual lassen sich mit Geld, in welcher Höhe auch immer, nicht aufwiegen. Was not tut, ist die Erkenntnis über diese Verbrechen durch die Staaten, in denen das Ungeheuerliche geschah. Was not tut, ist zudem die Aburteilung der noch lebenden Verantwortlichen. Hier herrscht tiefes Schweigen in Bezug auf die deutschen Opfer.“ Soweit das Regensburger Bistumsblatt.

---

## Auch heute werden Deutsche noch immer enteignet

Mit einem Sondergesetz will Polens Senat den Entschädigungsklagen deutscher Vertriebener die prozessuale Grundlage entziehen. Der Entwurf sieht vor, daß die Gemeindebehörden im derzeitigen polnischen Machtbereich die Grundbucheintragungen manipulieren. Wo noch deutsche Eigentümer aufgelistet sind, soll der Eintrag zugunsten des Staatlichen Schatzamtes geändert werden. Damit wäre deutschen Immobilien-Eigentümern die Möglichkeit genommen, sich auf die Grundbucheintragungen zu berufen. Der polnische Senat verstößt mit dem Gesetzesvorhaben eklatant gegen europäisches und internationales Recht, hat aber signalisiert bekommen, daß sich weder die deutsche Bundesregierung noch die europäische Kommission gegen die Enteignung wehren wird, solange nur Deutsche betroffen sind.

Unterdessen kündigte der tschechische Landwirtschaftsminister an, den Verkauf von Ackerboden an tschechische Bauern beschleunigen zu wollen. Der „staatliche Boden“ gehörte vor dem 2. Weltkrieg zum Teil Deutschen und Ungarn, die 1945 durch die Benesch-Dekrete enteignet wurden. (NE 5/2007)

## In eigener Sache - AUFRUF:

Liebe Leser, werte Kameraden!  
In unseren Reihen gibt es eine dynamische Gruppe junger Menschen, die tatkräftig und ohne müde zu werden, in Österreich Flugschriften, Aufkleber und Werbematerial für die heimat-treue Sache unters Volk bringt! Es wurden bereits viele Österreicher erreicht und die durchwegs positiven Antworten geben uns immer wieder die Bestätigung, daß wir trotz allem Gegenwind Recht haben!

Leider kosten Flugblätter, Aufkleber und anderes Werbematerial viel Geld. Darum fordern wir alle volkstreu- en Männer und Frauen auf, uns im Kampf um unsere Heimat die finanzielle Unterstützung zu geben! Helfen Sie mit und unterstützen Sie die nationale Jugend mit Ihrer Spende! Jeder Euro zählt! Einfach auf dem beiliegenden Zahlschein unter Verwendungszweck „Jugend“ eintragen!

Mit Ihrer Hilfe sind die nächsten Flugblätter und Aufkleber gesichert und es werden wieder tausende Bürger zum Nachdenken angeregt!

Ihre Schriftleitung!

### Der Rechtsstaat in Österreich . . .

... ist reine Theorie, denn in Wien besetzen dubiose Typen seit Jahren unter Bruch etlicher Gesetze ein Haus **OHNE** sich vor der Justiz oder der Polizei fürchten zu müssen. Im Gegenteil: der Bürgermeister kauft nun dieses Haus um satte • 2.000.000,00 - dies waren immerhin **27 Millionen** guter alter Schillinge, bezahlt den Rechtsbrechern die Betriebskosten und die Polizei bricht das Gesetz auf Grund politischer Weisungen und schützt auch noch deren Demonstrationen. Auf der anderen Seite werden 3 junge Ober-österreicher für ihre positive Einstellung zu ihrem Volk und ihrer Heimat bereits seit März hin in Haft gehalten, da sie ihre „freie Meinung“ nicht aufgeben wollen. Das rote Wien fühlt sich sicher, aber es kommen wieder Wahlen und man sollte diesem Unwesen durch das Kreuz an der richtigen Stelle ein Ende bereiten, denn Nicht- bzw. Ungültig wählen unterstützt nur ROT-GRÜN-SCHWARZ. **Walter STECHER**

## **!! Veranstaltungen !!**

**Klaus-Friedrich Mayer**  
spricht über

***Ist Österreich noch zu retten?***

> Donnerstag, 13. September 2007, 19.45 Uhr <

**Ministerialrat i.R.**  
**Dipl.Ing. Günther Rehak**

spricht über  
***Feminismus***

**Feminismus verhält sich zur Frauenbewegung  
wie Stalinismus zur Arbeiterbewegung**

> Donnerstag, 27. September 2007, 19.45 Uhr <

---

**Der Wiener Beobachter, unsere regionale Zeitschrift  
Kommentare zum Zeitgeschehen, unsere überregionale  
Zeitschrift**

---

Sie finden Vertreter der AFP jeden Donnerstag ab 19.30 Uhr im Heim

---

**Dr.-Fritz-Stüber-Heim, 1160 Koppstr. 72**  
(Eingang Kreitnergasse, Kellerlokal)  
Bus 48A (Panikengasse); Straßenbahn 9 (Koppstraße)

---

**Wir danken für jede Spende!**

---

**Melden Sie sich zur Herbsttagung der AFP  
vom 12. bis 14. Oktober 2007 an:**

**AFP**  
**Berthold Schwarz-Str. 33**  
**9020 Klagenfurt**

**(Zutritt nur nach Voranmeldung)**

## Ein Zeitungsartikel und zwei Fragen

Folgender Artikel (ungekürzt und unverändert) erschien in der Krone, Österreichs größter Tageszeitung:

Rabbiner David Niederman, 56, ist ein Freund Österreichs. Er kam aus einem Stetl in Rumänien über ein Flüchtlingslager in Niederösterreich zu Zeiten Bundeskanzler Bruno Kreiskys in die USA, wo er heute in Brooklyn eine der größten orthodox-jüdischen Gemeinden Amerikas anführt. „Ohne David geht nichts in unserer Stadt“, sagte Bürgermeister Michael Bloomberg einmal über den unteretzten Mann, der mit steifem Hut, samtene Kaftan und wallendem Vollbart einer biblischen Figur gleicht. Tatsächlich ist Niederman ein sogenannter „Kingmaker“ im politischen Leben New Yorks: Er kann jederzeit mindestens 70.000 Glaubensgenossen bei Wahlen oder für Demonstrationen mobilisieren und das ist auch in einer Millionenstadt eine ganze Menge.

Aber auch international hat sich der Rabbiner einen Namen gemacht, denn im Laufe der letzten 30 Jahre hat er weit über 300.000 jüdische Einwanderer aus Osteuropa und dem Iran nach Amerika geschleust. Und wie seinerzeit er selbst, kamen sie alle über Österreich. Kein Wunder, daß David bei jeder Gelegenheit die Alpenrepublik als „Unser Tor zur Freiheit“ preist und damit viel guten Willen in der Neuen Welt für unser Land geschaffen hat.

Als er dieser Tage aus den Händen von Generalkonsulin Brigittta Blaha das große goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik erhielt, lüftete er zutiefst gerührt ein Geheimnis.

„Ich bin schon seit langem einer von euch“, sagte er und zog seinen österreichischen Reisepass hervor.

WIR HÄTTEN ZWEI FRAGEN DAZU:

1. Wieviele Gemeindemitglieder des Rabbi Niederman haben noch einen österreichischen Pass?
2. Und bei welcher Partei bedanken sie sich als Auslandösterreicher bei den Wahlen?

---

## US- Behörden überwachen Bankkunden

Überweisungen ins Ausland werden mit dem System des in La Hupe (Belgien) ansässigen Finanzdienstleisters >>Swift<< (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) getätigt. Er ist der einzige Anbieter seiner Art und besitzt damit eine Art Monopolstellung.

In den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde beschlossen, für den Fall eines Atomkrieges, welcher Europa zerstört hätte, die Bankdaten in Sicherheit zu bringen. Warum diese nach einer atomaren Verwüstung Europas noch wichtig sein könnten, bleibt bis heute ein Rätsel.

Deshalb wurde entschieden, einen Rechner mit den Kopien aller abgewickelten Zahlungsvorgänge in Übersee aufzustellen. Als Standort wählte man ausgerechnet die USA.

Nach dem 11. September 2001 wurden amerikanische Behörden per Gesetz ermächtigt, sich Zugang zu diesen Daten zu beschaffen und diese eifrig auszuwerten.

Deutsche Datenschützer schlugen Alarm, geändert hat sich allerdings bisher nichts. Im Gegenteil:

Obwohl bekannt ist, daß sowohl die Auslagerung der Daten als auch das Auswerten durch US- Behörden ohne unabhängige Datenschutzkontrolle rechtswidrig ist, beschlossen die EU-Finanzminister, ab dem 1.1.2008 den

gesamten europäischen Zahlungsverkehr einschließlich Inlandsüberweisungen, auf >SEPA< (Single Euro Payments Area) umzustellen, obwohl dieses auf dem >>Swift<< - System aufbaut und darüber abgewickelt werden soll.

Es wird also zukünftig der gesamte private und geschäftliche Zahlungsverkehr von Amerika aus überwacht. Geschäfts- und Kundenprofile können von dort aus erstellt werden. Die belgische Firma >>Swift<< hat zwar angekündigt, möglicherweise neue Rechner für die Sicherheitskopien in Europa aufzustellen, was aber viele Experten für unrealistisch halten.

**Liebe Leser, fragen Sie doch bitte einmal die netten Mitarbeiter Ihrer Bank, wann diese Sie über das neue System informieren werden und an wen Ihre Bank Ihre Daten weitergibt.**

(Aus Unabhängige Nachrichten 5/2007)

---

## So machen es die Slowaken!

Knapp vor den Sommerferien verschärfen die Slowaken schnell ihr Staatsbürgerrecht. Fremde müssen nun acht statt fünf Jahre, nach einer Heirat fünf statt drei Jahre in dem Land leben, bevor sie die Chance auf einen slowakischen Paß ergreifen können. Die schon längst eingeführten Sprachtests sind weiter erschwert worden.

Innenminister Robert Kalinak, Vizechef der linken Regierungspartei Smer „reagiert so auf die wachsende Gefahr der organisierten Kriminalität und des Terrorismus“. Bei dem neuen Gesetz waren auch die sonst kritischen oppositionellen Christdemokraten von der KDH mit von der Partie. „**Die Versuche zur Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft sind gescheitert**“, begründete der ehemalige Justizminister Daniel Lipsic und jetzige Abgeordnete den Schritt der KDH.

---

**Wiener Beobachter, Folge 217** - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: [kontakt@wiener-beobachter.at](mailto:kontakt@wiener-beobachter.at), Internetz: [www.wiener-beobachter.at](http://www.wiener-beobachter.at)

Jahresbezug: eur 10,00; Konto: PSK 92.125.120; Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. \* Vertragsnummer: GZ 02Z031542M \* Erscheinungsort: Wien \* Verlagspostamt: 1170 Wien